

Dossier Union setzt auf sanften Zwang zur Betriebsrente

Entgegen aller Beschwichtigungen will die Union nach einem möglichen Wahlsieg im Herbst den Druck auf Arbeitnehmer erhöhen, stärker privat fürs Alter vorzusorgen. Dazu sollen alle Arbeitnehmer verpflichtet werden, über ihren Arbeitgeber in eine Betriebsrente einzuzahlen.

Im so genannten Opting-out-Verfahren sollen sie sich aber von der Vorsorgepflicht auf Antrag befreien lassen können. "Eine solche Maßnahme stärkt das Bewusstsein, dass die Menschen mehr für das Alter tun müssen", sagte Unions-Fraktionsvize Wolfgang Zöller der FTD. Einen Zwang zum Abschluss der unpopulären Riester-Renten, wie er am Wochenende von verschiedenen Politikern der Union ins Gespräch gebracht worden war, schloss Zöller aus. "Wir favorisieren das Opting-out bei Betriebsrenten. Das ist allenfalls eine abgeschwächte Verpflichtung", sagte er.

(...)

Boom der Betriebsrenten

Schon heute ist die Betriebsrente neben der gesetzlichen Rente die wichtigste Form des Alterssparens. Über 40 Prozent der Arbeitnehmer zahlen aktuell in eine Betriebsrente ein. Das System der so genannten Entgeltumwandlung, bei dem Arbeitnehmer einen Teil ihres Einkommens abgabenfrei anlegen können, hat zuletzt zu einem echten Boom der Betriebsrenten geführt. Mittlerweile schätzen Experten, dass etwa 15 Millionen Arbeitnehmer hier zu Lande über eine zusätzliche Betriebsrente verfügen.

Der Union reicht dies aber noch nicht. "Die Verbreiterung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge ist eine der vordringlichen sozialpolitischen Aufgaben", sagte der CDU-Sozialpolitiker Andreas Storm der FTD. Das Opting-out sei dabei "nach wie vor ein denkbarer Weg".

(...)

Opting-out als sanfter Zwang

Die Umstellung auf das Opting-out wäre zwar keine neue gesetzliche Pflichtrente, zumindest aber ein sanfter Zwang. Anders als bisher müssten nicht Arbeitnehmer von sich aus bei ihrem Arbeitgeber den Abschluss einer Police verlangen. Im Idealfall würde

stattdessen die Betriebsrente mit der Unterschrift unter dem Arbeitsvertrag gleich mit besiegelt. Einzig die klare Weigerung, so für das Alter zusätzlich vorsorgen zu wollen, würde von der Versicherung befreien. Wie dieses System aber im Detail funktionieren soll, haben CDU und CSU bislang nicht geklärt.

Auch aus Angst vor unpopulären Schlagzeilen im Wahlkampf schließt die Union eine strikte Pflicht zur privaten Riester-Rente derzeit aus. Noch immer sei diese staatlich geförderte Form der privaten Altersvorsorge zu kompliziert, sagte Zöller. Statt einem Zwang zur Vorsorge sollten hier zunächst die Förderregeln weiter vereinfacht und neue Auszahlungsoptionen für das angesparte Vermögen eröffnet werden.

Rückendeckung erhielt die Union am Dienstag vom Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA). In einer Studie für das von der Deutschen Bank finanzierte Institut sprach sich der Mannheimer Rentenexperte Axel Börsch-Supan gegen einen gesetzlichen Zwang, wohl aber für das Opting-out aus. "Beim Opting-out ist die Deckungsrate höher", sagte Börsch-Supan. Ohne weiteren Druck zur stärkeren Vorsorge drohten große Teile der Bevölkerung in die Altersarmut zu rutschen, da die Leistungen der gesetzlichen Rente immer weiter zurückgingen. 59 Prozent aller Haushalte könnten mit ihrem heutigen Sparverhalten ihre absehbaren Finanzlücken im Alter kaum mehr ausgleichen, sagte der Experte.

Dieser Artikel erschien am 03.08.2005 in der Financial Times Deutschland.